

FR 10.08.2011

Freistaat unter 40 sächsischen dergebiete, wie m mitteilte. Die l stammten mit) aus dem Proliche Entwurungsmaßnahmen Euro floss-Städtebaulicher apd)

ststoff dioxid

ohnungslosen 35 Prozent ihrer h saniert. Der oß sei vor allem n Photovoltaik-asse-Heizungen Prozent gesenkt Verband sächs-nossenschaften 12 auch bei den n der Gebäude les CO₂-Ausstoß zwölff Prozent zu

legen r lahm

Leutzsch und uhren gestern dien keine Züge igt war damit h Gera. Grund: gestohlen, so die igsawst wurden chädigt. Die bei 1 noch an der nommen werchadens bewegt n Bereich. (fp)

Streit um Ladenöffnungszeiten verheißt einen „heißen Advent“

Mit dem in Sachsen seit Jahresbeginn geltenden Ladenschlussgesetz zeichnet sich für die verkaufsoffenen Sonntage statt einer Lösung neuer Ärger ab.

VON UWE KUHR

DRESDEN – Mitten im Sommer haben SPD und Linkspartei sowie die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft Verdi gestern in Dresden neuen Widerstand gegen die Sonntagsöffnungen vor allem in der Vorweihnachtszeit angekündigt. Dazu haben die beiden Oppositionsparteien eine gemeinsame Klage beim sächsischen Verfassungsgerichtshof vorgestellt. Verdi kündigte an, jede Kommune einzeln zu verklagen, sollte die schwarz-gelbe Landesregierung nicht von sich aus klare Verhältnisse schaffen und verkaufsoffene Sonntage wieder einschränken. Wenn sich das Kabinett nicht bewegen, stehe ein „heißer Advent“ in Aussicht. Auch die Landeskirchen haben neue Gegenwehr angekündigt.

„Einkaufen ist nicht alles“, erklärte Verdi-Sprecherin Annelie Schneider. Es gebe keinen vernünftigen Grund, die Sonntagsruhe dem Kommerz zu opfern. „Dafür ist Umsatz

allein kein ausreichendes Argument.“ Damit stellte sich Schneider hinter das Bundesverfassungsgericht. Die obersten Richter hatten bereits Ende 2009 geurteilt, dass die Sonntagsruhe ein gesellschaftlich sehr hohes Gut sei und deshalb verkaufsoffene Sonntage einen deutlich über touristische und umsatzsteigernde Motive hinausgehenden Anlass bräuchten.

Rechte der Beliebigkeit gepopert

An diesem Punkt greift die Opposition an. „Wir wollen eine Klarstellung vom Freistaat, was verkaufsoffene Sonntage rechtfertigt“, begründeten ihre parlamentarischen Geschäftsführer Klaus Tischendorf (Linke)

Sonntagsöffnungszeiten – ein ewiger Streitfall

Die Gewerkschaft Verdi und die Landeskirchen kritisieren seit Jahren die Ausbreitung von verkaufsoffenen Sonntagen vor allem in der Adventszeit. Da bereits an sechs Wochentagen die normalen Ladenöffnungszeiten von 6 bis 22 Uhr betragen, bräuchten zusätzliche Öffnungen an Sonntagen nach Darstellung von Verdi keinen nennenswerten Umsatzgewinn. Blieben die Geschäfte zu, wäre dies aber ein Gewinn für die Familien und die sozialen Kontakte.

Eine Normenkontrollklage, die SPD und Linke jetzt beim Landesverfas-

und Stefan Brangs (SPD) die Klage. Genau das habe die CDU/FDP-Koalition in ihrem eilig im November 2010 verabschiedeten Ladenöffnungsgesetz ausgespart. Dafür sei lediglich die Formulierung „aus besonderem Anlass“ aufgenommen worden, womit „Grundrechte und Ladenöffnung der Beliebigkeit preisgegeben werden“.

Ebenfalls von der Klage betroffen sind die neuen Sonntagsöffnungszeiten für Videotheken und Autowaschanlagen, die die FDP als Regierungsmehrheit in den Koalitionsvertrag geschrieben hatte. Auch dafür fehle jede plausible Notwendigkeit, erklärte Fachanwalt Friedrich Kühn aus Leipzig. Der Freistaat hat zu-

sungsgerichtshof in Leipzig angestrengt haben, setzt einen besonderen Prüfprozess in Gang. Dabei muss der Nachweis geführt werden, ob ein Gesetz mit der sächsischen Verfassung vereinbar ist. Auslösen können das Verfahren ein Viertel der Mitglieder des Landtags oder die Landesregierung selbst. Die schwarz-gelbe Regierungskoalition musste seit ihrer Bildung 2009 bereits mehrere Schlappen vor dem Verfassungsgericht einstecken. Das betraf Verfahren im Zusammenhang mit dem Scheitern der Landesbank sowie dem Versammlungsgesetz. (uk)

nächst Zeit bis Mitte November, um auf die Klageschrift der Opposition zu antworten. Eine Entscheidung werde es erst in der ersten Jahreshälfte 2012 geben, vermutet Kühn.

Mit dem Ladenöffnungsgesetz sind seit Jahresbeginn in Sachsen fünf statt vier verkaufsoffene Sonntage im Jahr möglich. Zudem dürfen Videotheken an Sonntagen von 12 bis 20 Uhr und Autowaschanlagen ganztägig öffnen.

CDU: Sonntagsschutz gewahrt

Die Koalition unterstrich ihren Willen, an dem Gesetz festzuhalten. Frank Heidan, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, erklärte, „das Gesetz ist ein ausgewogener Kompromiss zwischen dem notwendigen Sonntagsschutz einerseits und den berechtigten Interessen des Handels andererseits“. Für seinen FDP-Amtskollegen Torsten Herbst stelle die Klage keinen Grund zur Beunruhigung dar. „Wir haben Händler und Kunden von bürokratischer Bevormundung entlastet.“ Dieses Ergebnis werde die Opposition nicht mehr vor Gericht zurückdrehen können.

2010 hatten sich Verdi und die Landeskirchen so heftig wie noch kein Jahr gegen Verkaufsoffnungen in der Adventszeit juristisch zur Wehr gesetzt. In seinen Entscheidungen hatte das Oberverwaltungsgericht die Sonntagsruhe gestärkt.

Anzahl der Abiturienten geht zurück

Die SPD wirft der Regierung Versagen vor

KAMENZ – Neue statistische Daten zur Bildungspolitik sorgen für Streit in Sachsen. Angesichts der sinkenden Abiturientenquote wirft die SPD der Regierung Versagen vor. Schwarz-Gelb solle endlich Abschied nehmen von seinem „elitären Bildungsanspruch des 19. Jahrhunderts“, forderte die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Eva-Maria Stange, gestern. Die von der Regierung durchgesetzte Zugangsverschärfungen zum Gymnasium benachteilige viele. Das Kultusministerium habe selbst eingeräumt, dass im nächsten Schuljahr weniger als 40 Prozent eines Jahrgangs ins Gymnasium wechselten – zuvor waren es 45 Prozent. Wissenschaftler empfehlen eine Quote von mindestens 50 Prozent. Die SPD favorisiert das Modell einer Gemeinschaftsschule, um mehr Kinder zum Abitur zu bringen. Die bisherige Trennung der Schüler nach der 4. Klasse sei „hoch selektiv und ungerecht“. Durch längeres gemeinsames Lernen erhöhe sich die Chance, auch für Kinder aus bildungsfernen Familien, das Abitur zu schaffen.

Laut Statistik stieg in Sachsen nur die Zahl der Abiturienten, die nach dem Schulabschluss sich auch an einer Hochschule einschrieben, von 31 Prozent im Jahr 2000 auf 41 Prozent 2009. (dapd)